

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verleger: August Dieckmann
Riesau Nr. 22.

Verleger: August Dieckmann
Riesau Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 91.

Mittwoch, 21. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 3.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundstift-Zeile (7 Silben) 50 Pf., Ortspreis 70 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 20%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertücht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontore gezollt, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Biersechztägige Anzeigungsverträge, Erzähler an der Elbe, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gierkestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Mühlenschließung.

Der Mühlbetrieb von Oswald Obenaus in Riesa wird hiermit auf Grund von § 71 Absatz 1 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 bis auf weiteres geschlossen. Großenhain, am 14. April 1920.

Mühlenschließung.

Der Mühlbetrieb von Max Volat in Glaubitz wird auf Grund von § 71 Absatz 1 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 bis auf weiteres geschlossen. Großenhain, am 14. April 1920.

Mühlenschließung.

Der Mühlbetrieb von Paul Klemm in Nauwalde wird hiermit auf Grund von § 71 Absatz 1 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 bis auf weiteres geschlossen. Großenhain, am 19. April 1920.

Auf Blatt 18 des Genossenschaftsregisters, den Spar-Kredit- und Bezugs-Verein Streunem-Wältnitz, eingetr. Gen. m. unbefr. Zust. in Streunem betr., ist heute eingetragen worden: Edwin Richter, Robert Zücher und Oskar Eichler sind nicht mehr Mitglieder des Vorstandes. Die Stellvertretungen von Kurt Brandholz, Franz Ringer und Paul Vetter haben sich erledigt. Mitglieder des Vorstandes sind:

- a) Gasthofbesitzer Oskar Gänzel in Streunem,
- b) Wirtschaftsbefitzer Paul Vetter in Wältnitz,
- c) Gutsbesitzer Franz Ringer in Wältnitz.

Amtsgericht Riesa, den 14. April 1920.

Freitag, den 23. d. M., vorm. 10 Uhr
sollen im Verteilungsraum des Amtsgerichts hier 10 Schock Wäscheklammern, ferner Kleiderbügel, Quirle und Holzlöfler versteigert werden.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. April 1920.

Infolge Behinderung von Frau Gertraud spielt die Komödie in „Friedmann Henkel“ Fräulein Wally Senff-Georgi, früheres Mitglied des Reinigens Landes-Theaters, Fräulein Senff-Georgi gastiert zur Zeit mit großem Erfolg am Dresdener Albert-Theater.

Etwa am Donnerstag abends 8 Uhr im Wettiner Hof der Sternabend der Mädchen-Schule stattfindet, auf dem der Sternabend gemahnt werden soll; zahlreiche Beteiligung ist in aller Intention gewünscht. Die Veranstaltung beginnt pünktlich; während der Aussprache der Stimmen wird über den Aufbau der Mädchenschule berichtet werden, und dazu gestellte Anfragen sollen beantwortet werden.

Ueber die soziale Revolution wird hier am kommenden Montag Herr Dr. Groll von der Liga für deutsche Kultur sprechen. Der Vortragende wird die soziale Umwälzung in der Beamtenklasse und im Wirtschaftlichen schildern und darlegen, welche Maßnahmen zur Abwendung und zur schnelleren Ueberwindung der sozialen Krise notwendig sind. Das aktuelle Thema verdient die Beachtung weiterer Kreise.

Sozialdemokratische Kreisversammlung. Die am Sonntag in Weihen abgehaltene Kreisversammlung der Sozialdemokratischen Partei war nach einem Bericht in der „Volksztg.“ von 22 Ortsgruppen besetzt. Sie nahm den Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr entgegen, woran anschließend die Neuwahl des Kreisvorstandes erfolgte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Richard Schmidt ein Referat über die politische Lage und die bevorstehenden Wahlen. Anschließend erfolgte die Ausstellung der Kandidaten an den Reichstags- und Volksstammwahlen. Für die Reichstagswahl wurde einstimmig Genosse Richard Schmidt und für die Volksstammwahlen wurden die Genossen Gustav Wöhler, Weihen, und Adolf Scherffig, Riesa, und die Genossin Martha Forchel, Gröba, als Kandidaten aufgestellt. Als Vertreter des 7. Unterbezirks in der am 25. und 26. April in Weihen tagenden Landesversammlung wurde der Genosse A. Scherffig, Riesa, in Vorschlag gebracht und einstimmig gewählt.

Konzert Steinherz. Auf das morgen Donnerstag im Saale der „Elbterrasse“ stattfindende Konzert des Wiener Tenoristen Alfred Steinherz sei nochmals empfehlend hingewiesen. Der Künstler ersang sich auf seiner letzten Konzertreise außerordentliche Erfolge. Möchte ihm in unserer Stadt bei seiner dritten Wiederkehr ebenfalls eine zahlreiche Zuhörerschaft beschieden sein. Die Vortragsfolge bringt in vornehmer Wahl wieder vorzugsweise moderner Komponisten.

Die sächsischen Volkskammerwahlen im November. Wie aus ganz sicherer Quelle gemeldet wird, ist man sich in den Kreisen der sächsischen Regierung und der Parteileitung der Weidreitssozialdemokraten darüber einig, daß die Volkskammerwahlen in Sachsen nicht früher als im November ds. J. vorgenommen werden können. Eine Zusammenlegung mit den Reichstagswahlen ist einmal wegen der großen technischen Schwierigkeiten nicht möglich und zum anderen auch deshalb nicht, weil bis zu dem Zeitpunkt die Reichstagswahlen in Aussicht genommenen Wahltermin die Erledigung des sächsischen Staatshaushalt-Etats in der Volkskammer nicht erfolgen kann. Bis jetzt ist es noch garnicht möglich, den Staatshaushaltplan überhaupt aufzustellen, weil noch garnicht feststeht, was der sächsische Staat, nachdem die Steuerhoheit auf das Reich übergegangen ist, an Einnahmen aus den Erträgen der Reichsteuern zugewiesen bekommen wird.

Der Kreis Dresden-Bautzen im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband hielt

am Sonntag in Weihen seine Jahreshauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß eine erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl des Kreises und auch des Verbandes stattgefunden hat. Sie betrug im Kreis zu Anfang 1919 über 6000 und überschritt zu Anfang dieses Jahres bereits die 10 000. Gauvorsitzender Prof. Dr. Leisner berichtete in einem Vortrag über die Bildung eines sächsischen Kampfbundes. Einleitend ging er, nach dem Bericht in „Weihener Tageblatt“, zunächst auf die wirtschaftliche Lage des Reiches ein und betonte, daß man gegenwärtig in einer Wirtschaftslage, wie sie gleich verurteilbar und zerrütteter noch nicht dagewesen sei. Hinzutreten würden noch die Folgen des Friedensvertrages. Unter die Verhältnisse betrachtet, müsse man zu dem Entschluß kommen, daß die nächsten Jahre nicht besser sein würden als das vergangene. Es erhebe sich dabei die Frage, liege das nicht daran, daß der Forderung nach der reichlichen Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens nicht allenthalben entgegen worden sei. Man müsse sich also schärfen, werden über die eigene Stellungnahme zu dem Unternehmertum, ob man gleichfalls für Sozialisierung eintreten wolle oder ob man sich auch weiterhin verlassen könne auf die Initiative unserer Kaufleute und Unternehmer. Die beste Form zum Wiederaufbau sei die Planwirtschaft. Dabei gelte es, sich so durchzusetzen, daß die Angestellten nicht in den Hintergrund gedrängt werde. Die Frage, ob das Unternehmertum in den letzten Jahren seine Aufgaben als solche erfüllt habe, wurde von dem Redner bejaht, dagegen müsse die Erfüllung seiner sozialen Aufgaben bis auf wenig nützliche Ausnahmen verneint werden. Der Arbeitgeber habe in vielen Fällen auf Kosten des Arbeitnehmers eine möglichst hohe Dividende, hohen Zins usw. herauszunutzen gesucht. Die Folge der Vorherrschendheit des Unternehmertums und nach Trecksche der Hartnäckigkeit des sächsischen Unternehmertums zeige sich heute im Sozialismus. Daß die Worte Trecksches auch heute noch zu Recht beständen, müsse festgestellt werden. In dieser Richtung müsse die künftige Entwicklung der Angestellten-Gewerkschaft des D. S. eingeleitet werden. Vor allem wurde die tarifliche Kollektiv-Regelung des Vertragsverhältnisses als bedeutendster Fortschritt bezeichnet, mit dem zwar die Arbeitgeber sich noch nicht abgefunden haben und ihn bekämpfen. Für den Angestellten aber sei es eine Lebensfrage, weshalb man seine Beibehaltung fordern müsse, wenn anders man nicht wieder in den Zustand der Rechtlosigkeit herabsinken wolle. Kampf werde also mehr denn je in der kommenden Zeit die Lösung sein. Nicht mit Diktat allein werde dieser Kampf zu gewinnen sein, sondern nur mit der Macht der Recht des Geldes. Ein großer Teil der Unternehmern warte schon heute darauf, unter das Kapitel Tarifverträge einen biden Strich machen zu können. Es zeige sich dies bereits heute beim Beginn des Sinkens der Preise, daß man beginne, die Arbeitskosten zu drücken. Im Augenblicke des Annehmens unserer Wahlen bemerkte man in den Tarifverhandlungen eine Verfestigung der Arbeitgeber. Den Anfang mache man nicht etwa bei den Arbeiterlöhnen, sondern bei den Angestelltengehältern. Als Mittel zum Zweck, die Forderungen der Mitglieder des D. S. B. durchzudrücken, haben alle gewerkschaftlichen Mittel, einschließlich der Arbeitsüberlegung zu dienen. Eine der letzten Fälle ein, dann ist es die Verknappung der Mittel, die Mitglieder auch in dieser Zeit wirtschaftlich über Wasser zu halten. Man habe deshalb vor der größten Öffentlichkeit die Forderung aufgestellt, einen Willens-Kampfbund zu bilden, der den Willenshalt bilden solle für die sehr wahrscheinlich kommenden Kämpfe, in denen man sich nicht verlassen könne auf das gute Herz des Unternehmers und dessen soziales Empfinden. Nur die eigene Tat werde den Erfolg bringen. Die Gane seien deshalb angewiesen, den Kampfbund zu schaffen, indem jedes Mitglied durch einmalige Zahlung von 100 Mark dazu beitrage. Den

Schluss der Ausführungen bildeten eingehendere Ausführungen über die Organisation und Verwendung des Kampfbundes, der in allererster Linie als eine Schutzorganisation neben wörtlicher Beseitigung gedacht ist. Mit einem einmütigen Beschlusse zur deutlichen Sachlage, zu Wirtschaftswachstum und freier Arbeit als freie Männer schloß der Redner unter tosendem Beifall. Nach kurzer Mittagspause wurde in der Besprechung der Kampfbundangelegenheit eingetreten, die volle Einmütigkeit für dessen Einrichtung ergab. Weiter wurde die Abhaltung eines Kreisfestes in den Lohnfortschritten beschlossen. Gegen die einseitige Bevorzugung der Arbeiterlöhne in Fragen der Instandhaltung seitens des Reiches wurde in einem Beschlusse an die Reichsregierung Stellung genommen. Entscheidung wurde auch die weitere Erhöhung der Verbandsbeiträge gestillt.

Sozialdemokratische Kreisversammlung in Dresden. Trotz der schwierigen Verhältnisse bewies auch in diesem Jahre die Kreisversammlung für Innere Mission ihre alte Qualität. Aus allen Teilen des Landes waren die Teilnehmer herbeigeströmt. Den Auftakt zu den Versammlungen und Verhandlungen bildete die Einweihung des neuen Hauses für das Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnen-Seminar des Landesvereins für Innere Mission in Niederlößnitz bei Dresden, wobei Pastor v. d. Trend und Pastor Vogel Anreden hielten. Im Mittelpunkt der öffentlichen Hauptversammlung am Dienstag vormittag stand das Thema „Volkshochschule und Innere Mission“, über welches Hr. Gurdhardt, der Leiter der Volkshochschule in Weihen der Vortrags hielt. Die Volkshochschulbewegung, so führte der Redner aus, sei herausgehoben aus der sächsischen, sozialen und nationalen Not unseres Volkes. Die Volkshochschule wolle eine Erziehungstätte für Erwachsene aller Stände und Bildungsgrade sein. Nicht Verstandesbildung oder Fachschulen sei ihr Ziel, sondern Persönlichkeitsbildung. Das bewährte Mittel hierzu sei die Arbeits- und Lebensgemeinschaft von Lehrern und Schülern. Auch die Innere Mission könne nicht an der Volkshochschulbewegung vorbeigehen. Auch sie müsse die von der Volkshochschulbewegung für die Volkserziehung erhobenen Forderungen auf allen ihren Arbeitsgebieten maßgebend sein lassen und innerhalb der Volkshochschulbewegung den evangelischen Standpunkt vertreten und die in deutsch-evangelischem Sinne arbeitenden Volkshochschulen tatkräftig unterstützen. — Aus dem vom 1. Vereinsgerichtlichen Landesvereins, v. d. Trend erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß der Landesverein für Innere Mission trotz der Unruhen der Welt in der Zeit 1919 seine Arbeit ungehemmt weiterführen konnte. An neuen Arbeiten wurden in Angriff genommen: ein erster Lehrgang der Bibelschule zur Ausbildung von Gemeindeführern und Jugendpflegern, ferner die Volksmissionsarbeit, für welche ein eigener Ausschuss ins Leben gerufen worden ist. In der Mitgliederversammlung, welche der Hauptversammlung voranging, wurde im wesentlichen die Verteilung der Buhtagskollekte für Innere Mission vollzogen. Der Gesamttrag der Kollekte von 40 000 M. überstieg erfreulicherweise bei weitem den Betrag der vorjährigen. Den Versammlungen am Dienstag gingen am Nachmittag und Abend des Montag voraus: eine Mitglieder- und Vertrauensmänner-Versammlung des sächs. Vereins zur Hebung der Sittlichkeit, in welcher Generalsekretär Dr. H. Bohm-Blöhen über die Frage „Aufhebung der Prostitution — und dann?“ sprach und eine Konferenz für Volksmission, in welcher die Pastoren Richter, Springer, Heßig Berichte und Bilder aus der Volksmissionsarbeit gaben. — Die Tagungen dauern noch weiter.

Falke 50-Mark-Schweine. Von den in letzter Zeit zur Ausgabe gelangenden grünen Reichsbanknoten zu 50 Mark (Ausgabe vom 24. Juni 1919) sind außer den

im März durch die Tagespresse bekanntgegebenen Fällungen weitere Nachbildungen aufgetaucht. Diese Nachbildungen zeigen meist die nachstehenden hauptsächlichsten Kennzeichen: Papier in Stärke und Färbung abweichend. Vorderseite: leicht und ungenau wiedergegeben, besonders mangelhaft die violetten Stempel, Unterschriften und Nummern. Draufschlag auffallend unrein, zum Teil ein altes, schielendes Gesicht tragend. Unterer rechter Stern am Himmel fehlt. Rückseite: unrein und fleckig. Zeichnung teilweise auf dem Kopf liegend. Brauner Außenrand schmaler. Strichdruck erheblich dicker. Der auf der Rückseite in dem weichen Außenrande bei echten Noten deutlich erkennbare, etwa 3 Zentimeter breite, aus dunkelbraunen, in das Papier eingewickelten Fasern bestehende Faserstreifen ist durch aufgedruckte Striche, die beim Halten der Note gegen das Licht nicht durchschimmern, nachgeahmt. Vor Annahme dieser Fällungen wird gewarnt.

Die Unabhängigen gegen eine Beteiligung an der Regierung Grabauer. Ueber die zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialdemokraten geführten Verhandlungen wegen einer Umbildung der sächsischen Regierung ist bekanntlich von mehrheitssozialdemokratischer Seite berichtet worden, daß die Unabhängigen sich im Prinzip für eine gemeinsame Regierungsbildung ausgesprochen hätten. Die Dresdner Unabhängige Volkszeitung teilt jetzt dazu mit, daß über diese Frage das entscheidende Wort in der am kommenden Freitag in Leipzig stattfindenden Landesversammlung der U. S. D. gesprochen werden wird, daß aber die Vertreter der U. S. D. in den angeführten Verhandlungen ausdrücklich erklärt hätten, daß für ihre Partei eine gemeinschaftliche Regierung mit Grabauer wahrscheinlich ausgeschlossen sei. Ferner wird als für ein Zusammengehen der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialdemokraten zum mindesten neben der Ausschaffung der beiden demokratischen Minister auch die Entlassung des Ministerpräsidenten Dr. Grabauer gefordert.

Ein schwedisches Hilfswerk für sächsische Kinder. Von der schwedischen Hilfsgesellschaft „Rettet die Kinder“ und dem „St. Gertrud-Räbverein“ der deutsch-evangelischen Gemeinde in Stockholm ist unter Leitung von Frau Warrer D. Stenzel und Frau Holmberg, beide in Stockholm, eine Hilfsaktion für notleidende sächsische Kinder eingeleitet worden. Die Geldmittel kommen zum größten Teil aus schwedischen Händen. Weitere Mengen an Nahrungsmitteln, Seife, Schuhwerk und vor allem an Wäsche und Kleidungsstücken für Kinder vom Säuglingsalter bis zu 14 Jahren sind nach Dresden gelangt worden, wobei auch das Rote Kreuz mitgewirkt hat. Sie werden unter Leitung der genannten Damen an arme Kinder ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis, teils in Dresden, teils im Erzgebirge verteilt werden. Auch Kinderrentenbeträger und ähnliche Verhältnisse sollen im gewissen Umfang beachtet werden. Es handelt sich um Mengen zur Versorgung vieler Hunderte von Kindern.

Die Ausbildung der Seminaristen. Es bestanden in den beteiligten Kreisen Zweifel, ob den bis Ostern 1920 aufgenommenen Seminaristen die Möglichkeit gegeben sein wird, ihre Ausbildung unter den bisher geltenden Bedingungen zu vollenden. Auf eine darauf bezügliche Anfrage des Abgeordneten Koch erklärte der Minister Dr. Seyfert am 31. März 1920 in der Volkskammer: Die Regierung wird dafür sorgen, daß die geplante Umgestaltung der Seminare so erfolgt, daß die jetzt im Seminar befindlichen und die Ostern 1920 in die Seminare eintretenden Schüler noch unter den bisher geltenden Bedingungen zu Lehrern herangezogen werden können. Allerdings wird innerhalb der Regierung die Frage erwogen, ob allen Schülern die Schulgeldfreiheit weiterhin gewährt werden könne.

Gräbner. In diesen Tagen beging der Männergesangsverein Gräbner (vom Jahre 1880) die Feier seines vierzigjährigen Bestehens. Aus kleinen Anfängen hervorgegangen, zählt der Verein, wie der Vorsitzende Herr Fabrikbesitzer Kriebel einleitend bemerkte, jetzt 60 Angenbe und 90 unterstehende Mitglieder. Unter Leitung des Vereinsleiters Herrn Organist Hugo Möbius verleiht sich die städtische Sängerschule mit trefflichen Solisten zu einem Festkonzert. Den Tonchaplungen teilgenösslichen Kompositionen Matthäus Koch, Arthur Richter und Kurt Schwabitz wurde Frau Dr. Ritter (Sopran) eine vorzügliche Interpretin. Für den verbindlichen Danken der Akteure Gottschalk von der Landesoper war Herr Fritz Günther vom Vilsharmonischen Orchester in Dresden eingetragene und gewann mit einer Improvisation und einem Scherzo von Hoffe durch weitherbeites Spiel die Gunst der Zuhörer. Mitglieder der ehemaligen Garnisonkapelle unter Leitung des Herrn Obermusikleiters P. M. L. erbrachten insbesondere mit der Expertise zur „Entfaltung aus dem Serral“ erneut schöne Beweise ihrer Leistungsfähigkeit. Ganz besonders aber erfreute der Männerchor selbst mit tadellos durchgearbeiteten und vorgetragen Chören von Art, Reinhold Becker („Die Abendglocken“ — 4- bis 8 stimmig) und „Jüngst“. Die Vortragsfolge, über der Abendstimmung lag, wies mit einer ziemlich anspruchsvollen Romanze für Chor, Orgel und Orchester von Hoffe. Den gebührenden Dank für die außerordentliche Arbeit des Dirigenten brachte man in rauschendem Beifall, in anerkennenden Worten und in der Ueberreichung eines Vorbertrages zum Ausdruck.

Wetter. Ein schweres Unwetter hat vorgestern die Stadt und nähere Umgebung heimgesucht. Nach 3 Uhr ging ein wolkenbruchartiger Regen nieder, der die abschüssigen Straßen in reißende Bäche verwandelte und schweren Schaden an Gebäuden und Straßen verursachte. Das Wasser drang in die Keller und vernichtete dort lagernde Vorräte, veranlaßte Felsabstürze und Landabstürzungen. In einem Hause der Talstraße wurde eine Frau im Waschküchen vom Wasser überfallen und ertrank.

Koffen. Das vorgestrige Unwetter hat in Stadt und Umgebung schweren Schaden angerichtet. Gärten und Felder sind verwüstet, Bäume entwurzelt, Ackerland weggeschwemmt, Straßen beschädigt und Mauern und Bäume angerissen, die Untergeschosse vieler Häuser stark verkratzt. Bei einem Getreidehändler sind große Mengen Getreide im Werte von mehreren Tausend Mark vernichtet worden.

Freibier. Vorgestern nachmittag zog ein von Hagel begleitetes schweres Gewitter über die Stadt. Die hauseingetragenen Schloßen haben teilweise erheblichen Schaden an der Baumblüte verursacht. Badische Keller waren unter Wasser gesetzt, da die Schleusen die Eis- und Wassermengen nicht zu lassen vermochten.

Dresden. In einer Versammlung der Dresdner Gewerkschaften wurde beschlossen, Wirtschaftsbildnisse zu fordern sowie die Entlassung verkleideter Beamter des Zentralarbeitsnachweises. Nach der Versammlung veranfaßten sie einen Demonstrationzug bis vor das Rathaus, wo eine Abordnung dem Polizeikommandanten des Kriegsausschusses Dr. Richter die Forderungen unterbreitete.

Ostern. In einer künftigen diesigen Osterfeier will der Besitzer Vorkampfbrennens aufstellen und damit eine neue Industrie hier einführen.

Neufelsh. Dreiwöchentliches Programm. In Weißdorf bei Zschun wurde das über 70 Jahre alte Schwarzschnee

von Eubrodern überfallen. Der Hausbesitzer Walter wurde durch 14 Messerschläger schwer verletzt. Seiner Ehefrau wurde die Schädelschuppe eingeschlagen. Beide wurden ins Krankenhaus nach Altenburg gebracht. Von den Verbrechen, die Geld oder Lebensmittel gestohlen haben, fehlt jede Spur.

Zur Festnahme des Kommunisten Olig.

Der Bericht des Bezirkskommandos über die Lage in Eubrodern am 20. April lautet: Durch einen nach Eger entsandten Kriegsgeschichtsar des Bezirkskommandos wurde endgültig und einwandfrei festgestellt, daß der in Marienbad aufgegriffene Verbrecher tatsächlich der Bandit Olig ist. Die militärischen Maßnahmen nehmen im übrigen ihren planmäßigen Fortgang. Bei Streifenunternehmungen wurden mehrere Hundert Gewehre gesammelt, die unrechtmäßig in die Hände der Bevölkerung gelangt waren.

Ein Chauffeur, der den Kommunistenführer Olig in einem Zugautomobil von Falkenstein nach Plauen gefahren hatte und der jetzt mit einer Kommission in Eger war, erzählt u. a.: Wir sollten bereits am Sonntag nach Eger fahren, wurden aber an der Grenze von sächsischen Soldaten aufgehalten, die sich erst genau erkundigen wollten. Am nächsten Tage konnten wir dann weiterfahren und kamen in Eger bei Major Färber an, der uns nach Eger begleitete. Dort wurden wir vor dem Kreisgericht von den sächsischen Behörden höflich begrüßt und dann nach dem Vernehmungsalon geführt, wo ich der mir wohlbekannte frühere Adjutant von Olig aufstieg. Bald wurde dann der verhaftete Müller Alois Olig herbeigeführt. Ein Kreisgerichtsrat fragte ihn: Geben Sie zu, der Kommunist Max Olig zu sein? Olig, der mich noch nicht gesehen hatte, antwortete: Ja habe Sie ja noch gar nicht gefragt, wer Sie sind. Da trat ich vor und sagte: Guten Morgen, Max, wie geht's dir. Olig war sehr erschrocken und gab dann zu, daß er der Gesuchte sei. Er fragte mich, wie ich nach Eger gekommen sei und ob mich die sächsischen Behörden geholt hätten. Ich bestätigte ihm das, worauf er mich fragte, wie es denn sonst gehe und ob viele der unsrigen gefangen seien. Später beauftragte er mich, seiner Frau und Schwiegermutter mitzuteilen, daß er sich in Eger befindet. Nach diesen Erkundigungen des Olig hatte sich unser Auftrag erledigt, und wir begaben uns nach Plauen zurück.

Aus Dresden wird gemeldet: Der in Eger schlagene Kommunist Olig hat bei seiner Verhaftung einen Depositionschein an vertriebenem Geld, der auf 245 000 Mark eingeschätzter Depositionsgelder lautete und von einer bayerischen Bank auf den Namen Schmidt ausgestellt war. Ferner trägt Olig für eine halbe Million Mark Verleumdungen in den Akten eingetragene.

Aus der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Das Bezirkskommando hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß es sich mit dem vom Gesamtministerium ausgesprochenen Grundsatze für die weitere Durchführung der militärischen Maßnahmen im Vogtlande, die in der Presse bereits veröffentlicht worden sind, einverstanden erklärt und daß die von ihm getroffenen Anordnungen diesen Gesichtspunkten entsprechen.

Das Versammlungsverbot in Celonitz ist aufgehoben, doch bedürfen Versammlungen jeder Art der Genehmigung der Ortskommandantur. Die Familie in Unterfahlsberg, wo Olig zwei Tage lang Unterschlupf gefunden hatte, ist ebenfalls verhaftet worden. Mit dem Entschluß auf Plauen wurden gestern früh 16 Mann der sächsischen Bande gefangen nach Dresden gebracht.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

Dresden, 20. April 1920.

Präsident Frähdorf eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung der neuangetretenen Mitglieder Schmidt-Pflanzen (Unabh.) und Dr. Wulffen (Dresdner Dem.). Erster Punkt der Tagesordnung ist die Regierungsvorlage über die Veränderung des Forst- und Feldstrafgesetzes vom 26. Februar 1909.

Abg. Dr. Roth (Dem.) erklärt namens seiner politischen Freunde sein Einverständnis mit den vorgeschlagenen Änderungen, die lediglich aus Heranziehungen der Strafvergrenzen von 25 auf 50, bezw. von 15 auf 30 Mark bestehen. Redner beantragt Ueberweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß.

Abg. Dr. Wagner (Dn. Vp.) weist darauf hin, daß wir in einer Zeit steigender Kriminalität auf allen Gebieten, die nur zu einem Teile in der wirtschaftlichen Notlage ihre Begründung hat, leben und erklärt, daß seine Fraktion, obwohl sie die sofortige Erledigung der Vorlage lieber gesehen hätte, doch der Ausnahmevermutigung zustimme.

Abg. Dr. Kattler (D. Vp.) stimmt ebenfalls der Ueberweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß zu.

Nach Ausfertigung des Abg. Rische wird die Vorlage dem Rechtsausschuß überwiesen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Anfrage des Abg. Brost wegen der Lage der Dresdner Zigarettenindustrie beantragt Abg. Hoffmann (Dn. Vp.), den Punkt abzujagen, da der Berichterstatter infolge bringender Geschäfte abgeholt ist. Die Kammer ist einverstanden.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 21. April, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfragen, Wahl eines stellvertretenden Schriftführers, Anfragen.

Pariser Brief.

Paris war niemals die Stadt der Monotonie. Vor dem Kriege und selbst während des Krieges haben hier niemals Vergnügungsorte gefehlt, und der Pariser hat von seinem Rechte auf Fröhlichkeit den weitesten Gebrauch gemacht. Seit dem Ausbruch des Krieges wird aber dieses Recht in einer Weise ausgeübt, die alles, was bisher war, in den Schatten stellt. Die öffentlichen Lokale, die jetzt zahlreicher denn je sind, und teurer als zu irgend einer Zeit, sind überfüllt, und das Publikum war niemals so gierig nach Unterhaltungen als jetzt. Die Theater, die Varietes, die Konzertsäle, die Bars, Kabarett, Cafés, alle sind überfüllt von Besuchern. Am besuchtesten aber sind die Tanzsäle. Denn zu keiner Zeit ist in Paris so viel getanzt worden als jetzt, u. wenn jemand heute den Pariser charakterisieren wollte, dürfte er in erster Linie nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß der Pariser sich von dem Provinzialer gerade durch den Tanz unterscheidet. Und dies, obwohl die Tänze, die jetzt „im Schwunge“ sind, nicht ausschließlich Pariser Ursprungs sind, sondern aus aller Herren Länder kommen. Aber die Dauerfrist ist ja, daß getanzt werde. Und man tanzt jetzt, daß die den größten Tanzbewegungen gewidmeten Säle nicht mehr ausreichen, obwohl es kein Stadtwort gibt, das nicht seine Tugenden von Tanzsälen hätte. Da die öffentlichen Vergnügungsorte für diese Zweck nicht mehr ausreichen, ist der Pariser, der so erfindungsreich ist, wenn es sich darum handelt, sich zu vergnügen, auf den Gedanken gekommen, daß man ja auch in nächsterweise in Tanzsäle umgewandelten Privatwohnungen tanzen könne. Die Anhänger beiderlei Weltanschauung des Proletariat treffen sich bei einem Bekannten und Mitbewerber dieses Tanzes, indem sie diesen einfach eines Abends in seinem Hause abhalten. Wohlbedarft mit allem, was zu einer vergnüglichen Nacht notwendig ist — Wein, Sekt, Musik, Schuppen usw. erscheinen die unerwarteten Gäste zu der von ihnen festgesetzten Stunde, legen auf einem Empfindsamer

die mitgedruckten Sätze nieder und führen sich mit Wollust in den Strudel des Tanzes. Junge Mädchen und selbst verheiratete Damen ergötzen in der Regel die Initiative für derartige improvisierte Feste, die in dieser Zeit des engsten Engherms die Begründung „surprise partie“ erzielten.

Dr. Garnat, der kürzlich den Gedanken der Bildung eines freiwilligen Bataillon der Mutterheit in die Welt setzte, könnte ganze Armeen von Freiwilligen bilden, wenn die Anhänger dieses „surprise partie“ ebenso feurige Anhänger der Mutterheit wären. Der Tanz scheint aber mehr die Waise zu bleiben, anzunehmen, als das unheilvolle Köhnen eines Kindes. Denn die Statistiken, welche das heilige Kindwaisen der Welt die Tanzsäle feiert, verzeichnen gleichzeitig auch das heimliche Sinken der Geburtsziffern. Und, was besonders eigentümlich ist, die gleichen Statistiken verzeichnen auch das tägliche Anwachsen der Heilanstalten. Bekehrt vielleicht eine Verbindung zwischen der neuen Mode der feinen „surprise partie“ und den immer zahlreicheren Heilanstalten in Paris? Tatsache ist jedenfalls, daß die „surprise“ nicht bei der Geburt des Tanzes und des Sektens, gewaltsam die Wohnung dieses Freundes für Tanzsäle zu überfallen, stehen bleibt. Die Ueberforschung geht meistens noch weiter, soweit, daß sie schließlich vor dem Richter erscheint, der die Anträge auf Ueberweisung zu bebandeln hat.

Gegen diese letzte Kalamität haben bereits mehrere Abgeordnete in wohlthätiger Absicht zu kämpfen beschlossen.

5. Klasse 176. Sächsl. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, unter welchen die Gewinnliste, hat mit 500 Mark gezogen werden. (Oben gewährt der Richter.) — Nachmittags 6 Uhr.

5. Klasse 176. Sächsl. Landes-Lotterie. 20. April 1920.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 50000, 10000, 5000) and corresponding winning numbers. The text is dense and partially illegible due to image quality.

Aufruf!

Frauendanktag für unsere Kriegsbeschädigten.

Die am 20. März 1920 ausgefallene Sammlung soll nunmehr
Sonnabend, den 24. April 1920

Katzen.
Es gilt den Frontkämpfern Dank abzuklagen.
Die Sachsen-Frauen und Mädchen wollen ihr angefangenes Liebeswerk:
**Förderung des Kriegererledigungswesens,
Mietunterstützungen,
Erhaltung der Kriegerheime,
Mühlgewerbe**
fortsetzen, neben der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge und dem Heimatbank.
Tragt alle freudig bei. Gest. reichlich.
Alle Banken und Bankgeschäfte, Staats- und Gemeindefassen, sowie Zeitungen
nehmen Spenden entgegen.

Reparatur.
Bandagen u. Hefteweder
nimmt zur Reparatur an
Hermann Wilhelm
in Reithain.

Zigaretten und Zigaretten
sind noch preiswert ab
Friedrich, Schloßstr. 24. I. 1.

Alpengras
in großen u. kleinen Posten
empfehlen
Max Bergmann,
Seilermeister.

Alte Frauen
lassen sich nicht täuschen durch
so oft angebotene meist wert-
lose Präparate. — Nehmen
Sie **Regelstörung, Stoff-
bei**
nur meine auch in verzweifelt-
sten Fällen erprobten wirk-
samen Mittel. Sie werden
überredet und mir dankbar
sein. Diskr. Verh. m. Garantie,
vollst. ungeschädlich, andernfalls
Geld zur. Wirkung in
3 Tagen. C. Sanien,
Damburg, Weidenallee 50.

FRAUEN nehmen bei
Störungen,
Blutstörungen meine best-
bewährten Menstr.-Tropfen
Solwelextr. stark. 20. —
Pulver Dose M. 7.50
Lee Karton M. 5.—
Tropfen gratis. Diskr. Verh.
durch Postlagerkarte 150,
Großhain i. Sa.
Bruteier 5l. Andalusier
(Nachhälle) u.
Enteneier
verf. Richter, Röderau, Wf.

Bruteier
von Riesengänzen, sowie
Enteneier verkauft
Fedor Mendler, Orzda.

Enteneier
verkauft Deunewitz,
Reithain Nr. 91.

Runkelrüben
verkauft Rabitz Nr. 9.
Ammonsulfatsalpeter
ca. 27% Stickstoff enthaltend
**schwefels. Kali
Chlorkalium
Kainit**
sind jeden Posten ab
G. Schuster
Bahnhof Wälknitz.

Achtung!
Zahle für Lumpen,
Eisen, Almetall,
Wein- und Zentrifugen
höchste Tagespreise.
Alfred Mann, Hauptstr. 28.

2 gebr., aber sehr guterhaltene
Herren-Räder
(1 davon mit Freilauf) und
ein fast neues Damenrad
mit Freilauf, jedes Rad mit
fast neuer Gummibereifung,
und 3 Mittelschrauben,
in bestem Zustande zu ver-
kaufen. Gustav Dege, Neu-
weide, Telefon Nr. 358.

Gebr. Herrenräder zu verf.
Hauptstr. 73, Fahrabbl.
1 Herren- und Damenrad
mit oder ohne Bereifung zu
kaufen gesucht. Off. unter
P. 4981 an das Ltbl. Riesa.

Ein noch guterhaltener
Rinderpostliegewagen
mit Plane zu kaufen gesucht.
Offerten m. Preisangabe unt.
P. 4986 an das Ltbl. Riesa.

Küchenofen
billig zu verkaufen.
An erl. im Tagesblatt Riesa

Vereinsnachrichten

Rieser Sport-Verein e. V. Freitag, 23. 4., außerordent-
liche Mitgliederversammlung 8 Uhr Feldschützen.
Erscheinen aller Mitglieder erwünscht, unentschuldigtes
Fehlen wird lt. Stat. bestraft. Das für Sonn-
abend, den 24. 4., angekündigte Vergnügen für Vereins-
angehörige beginnt bereits 7, 8 Uhr abends. Alle Mit-
glieder werden hiermit nochmals herzlich eingeladen.

Rieser Verein für Jugendpflege e. V.

Die diesjährige Hauptversammlung findet Freitag,
den 23. 4., abends 8 Uhr in der „Elbtarrasse“ statt.
T. O.: 1. Jahres- und Kasserbericht auf 1919, 2. Ent-
lastung des Vorstandes, 3. Satzungsänderung, 4. Wahlen
zum Vorstand und Beirat, sowie der Rechnungsprüfer.
Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

Die Gesangs-Abteilung L. A.-R. 19 (I. Abt.)

erlaubt sich zu ihrem am Donnerstag, den 22. 4. 20, im
Saale des Hotel Stern stattfindenden

Herren- und Damenball

beruht einzuladen. Anfang 6 Uhr. Kameraden und Gäste
willkommen. Der Organ.-Ausich.

Wieser, Hauptstraße 54

im Hause des Herrn Seilerstr. Bergmann, ein

Zweiggeschäft

errichtet haben und bitten wir, uns auch in
unserem neuen Unternehmen gesellig zu unter-
stützen. Es bleibt auch weiterhin unser Be-
streben, unsere Kundenschaft mit der größten Auf-
merksamkeit zu bedienen. Hochachtung

Willy Eller u. Frau, Tabakwaren-Großhdlg.

Besonders kräftige Frühkrautpflanzen,

rot und weiß, sowie Dreiecksbrüner frühesten Kohlrabi.
Anfang Mai empfehle besonders meine Tomatenpflanzen,
eigene Züchtung, unerreicht für diese Gegend in Tragbar-
keit und Fröhlichkeit, sowie große, prachtvoll, schöne Tafel- und
Wirtschaftsfrucht. Der Ertrag war auch im vergangenen
kühleren Jahre einmalig. Gurkenpflanzen, extrakleine, mittel-
lange und großfrüchtige Sorten. Tabakpflanzen, Savanna
und Cuba-Sorten, amerikanische Rapsfrucht, unerreicht schöne
Sommerblumen. Pflanzen für Balkon und Garten in allen
Intensitäten und modernen Farben. Vorbestellungen werden
gern entgegen genommen.

Groß-Gartenbaubetrieb Alfred Büttner
Banitz-Riesa, Fernruf 85.

Flaschen

Rot-, Weißwein-, Kognak-, Sektflaschen
Stück 40-100 Bfa.

Alt-Papier, Lumpen
kauft zu höchsten Preisen bis Sonnabend

Fleischer, Hotel Sächsischer Hof
am Bahnhof.

Alt-Eisen

Metall, Kupfer, Messing
Blei, Zink

kauft zu höchsten Tagespreisen bis Sonnabend

Fleischer, Hotel Sächsischer Hof
am Bahnhof.

Pferde- und Inventar-Berkauf.

Nächsten Sonnabend, den 24. April, vorm. 9 Uhr
gelangen wegen Geschäftsaufgabe des Fuhrwerksbesizers
Fischer in Orzda nach dem Reitgedot zum Verkauf:
2 mittelgroße Pferde, 1 neuer harter Kalkwagen,
3 Wirtschaftswagen, 1 Federkraftwagen mit Ver-
deck (für Fuhrwerk passend), 1 Zwillingdreh-
stuhl, 1 Krümmer, 1 Kalkwagen, 1 Saal,
2 Sägen, 1 Senf, 1 Gabelmaschine, 1 Reismas-
chine, 2 Aufschneidemaschinen (komplett), 4 Arbeits-
geschirre, 2 Kammern, 2 Galkern, Regenboden,
Schneeschleife u. dergl. anderes mehr. Der Verkäufer.

Rieser Damenhut-Lager

Wettinerstraße 19
übernimmt Umarbeitungen von Damen- u. Kinderhüten.
Herrenhüte
werden zum Reinigen, Säubern u. Umbrechen angenommen.

KONZERT

Donnerstag, den 22. April 1920, 8 Uhr
Elbtarrasse

Alfred Steinherr

Opernsänger aus Wien (Tenor)
Am Flügel:
Hans Michael, Dresden

Lieder v. Joh. Brahms, Ludwig, Thullie,
Franz Schreker u. a. — Arien „Land, so
wunderbar“ („Afrikanerin“) v. Meyer-
beer, „Mein Heiligum“ („Merlin“) von
Goldmark

Im Vorverkauf: Numerierter Saalplatz
5 M., nichtnumerierter Saalplatz 3 M.,
Galerie 2 M.
An der Abendkasse: 25% Aufschlag
Vorverkauf: Joh. Hoffmann, Hauptstr. 36

Wegen Familienfestlichkeit

bleibt unser Geschäft Donnerstag, d. 22. dts., geschlossen.
Gebrüder Gast, Schäfte., Wettinerstr. 9.

Für die uns am Tage unserer Silber-
hochzeit dargebrachten Glückwünsche und
überaus schönen Geschenke
danken aufs herzlichste.
Doppitz, 19. April 1920.
Max Meißner und Frau.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit zu-
teil gewordenen zahlreichen Ehrungen und Ge-
schenke sagen wir allen zugleich im Namen un-
serer Eltern herzlichsten u. aufrichtigsten Dank.
Orzda, den 18. 4. 1920.
Friedr. Lieber und Frau Ida geb. Höhle.

Statt Karten.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit an-
lässlich unserer Vermählung danken wir recht
herzlich, auch zugleich im Namen unserer Eltern.
München-RL-Bischopa, 18. 4. 20.

Paul Rudolph u. Frau
Lina geb. Grubbe.

Allen denen, welche den Sarg unseres lieben
kleinen Rudi so schön mit Blumen schmückten,
sagen wir hierdurch unsern

herzlichsten Dank.

Die schwergeprüfte Familie Edwin Sieger,
Doppitz.

Ruhe sanft, Du holde Blüte,
Dingemelt im Lebensmal;
Gede Gott, daß Dir die Erde
Nun ein sanftes Bettel sei.

Zurückgeführt vom Grabe meines innigst-
geliebten, treuarigenden und unverglichen
Vaters, unseres lieben Vaters, Schwieger- und
Großvaters, Bruders und Onkels

Hermann Fiedler

sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden
und Bekannten, die den Sarg mit Blumen
schmückten, sowie für die reichen Spenden unsern
herzlichsten Dank. Insbesondere Dank für die
tröstlichen Worte und für den Gesang am
Grabe, sowie für das ehrende Geleit des Militär-
vereins zu Böhren u. Umg., ferner allen Vor-
gesetzten und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung
Reithain für das freiwillige Tragen zur letzten
Ruhestätte und allen Arbeitkollegen des
Munitionslagers III für die Unterstützung. Dies
alles hat unseren wunden Herzen wohlgetan. —
Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Ruhe
sanft, auf Wiedersehen“ in die Ewigkeit nach.
Du ruhst Du von uns geschieden,
Du treues, gutes Vaterherz,
Du lebstest stets mit uns in Frieden,
Dum ist so schwer der Trennungschmerz,
Um uns ist es so still und leer,
Wir haben keinen Vater mehr.
So ruhst Du in Deiner Brust,
Du heiliggeliebtes Vaterherz,
Dast treu gewirkt zur Lebenszeit,
Hab Dank dafür in Ewigkeit.

Böhren, Dresden, Riesa und Gohlis,
am Begräbnistage, den 19. April 1920.

Die tieftrauernde Gattin nebst Kindern
und Verwandten.

Brikettausgabe

für Gröbba
von morgen Donnerstag früh
7 Uhr ab im neuen Saale.
Alfred Heyne.

Brikettausgabe

Riesa-Land
morgen Donnerstag von 7
bis 12 Uhr auf Januar.
Oskar Hantusch.

Drabdäcken u. -Schläuche

28x1 1/2x1 1/2
für Fahrräder hat abzugeben
Fahrabbl. Emil Deuner,
Sommerfeld.

Für Braut- u. Gesellsch.-Kleider

Kollenne, Seidenkackmir
Grobe de chine, Vollvolle
in allen Farben, rosa
hellblau, schwarz
marine, blau, taupe etc.

Brautschleier, Handschuh
Damen-Unterwäsche

Für
Prack- u. Gebrock-Anzüge

Schwarzes Herrentuch
passende Futterstoffe

Emil Förster

Hauptstr., schrägl. Apotheke

Wesche Gimer

emall.
u. verp.
Waschbretter, Brotkapseln,
Waschtische, Waschtische,
Konservegler,

eng u. weit, in allen Größen,
mit pr. Gummiringen,
Töpfe in allen Größen
u. versch. and. mehr empfiehlt

Gsw. Schieck
Wettinerstraße 29.

Empfehle noch an
äußerst billigen Preisen,
solange Vorrat reicht:

la. Semdentuche

Kleiderstoffe

la. gepunkt. Schürzenstoff

gemusterte
bunte Kleiderstoffe,
Damenkrämpfe
weiß u. schwarz
Kinderhosen, schwarz
Zackentücher
weiß u. bunt
Unterhosen

Wolle

in schwarz u. grau
Stoff für Künstlergardinen
Futterstoffe
für Herren-Anzüge
u. v. a. m.

Günstige Gelegenheit
für Händler
und Wiederverkäufer.

Kurt Vogelmann

Gröbba-Eibe
Rischstraße 14.

Spezialität

hochfeine Camembert-Käse
frischer Smetana, 70 Wm.
Herbst, Hauptstr. 18

Demokrat. Orts-

gruppe Münchritz
Freitag, d. 23. d. M., abends
8 Uhr Versammlung i. Gasthof.
Das Erscheinen aller Mitgl.
ist Pflicht. Ebrl. Parteifreunde
welche zum Eintritt gewillt
sind, bezgl. willkom. D. Verf.

Die heutige Nr. umfasst
4 Seiten.

Beilage zum „Niesauer Tageblatt“

Verlagsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Niesau. Geschäftsstelle: Gochsstraße 53. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Böhm, Niesau; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittich, Niesau.

Nr. 91.

Mittwoch, 21. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Geplänkel in San Remo.

In San Remo sind nicht nur ein Dutzend Staatsmänner, sondern auch einige Dutzend Journalisten versammelt, was erklärt, daß die Berichte über die Verhandlungen in mannigfachen Farben schillern. Einmal wird behauptet, der Reichspräsident sei von Frankreich und England sei vollständig, da sich die Briten weigern, die britische Daumenpolitik gegen Deutschland mitzumachen. In anderen Darstellungen ist Frankreich der unversöhnliche Welt. Und schließlich werden auch andere Möglichkeiten angedeutet, wie die über die abriatischen Inseln und die türkische Frage. Die Hauptfrage ist, die leitenden Staatsmänner beraten hinter verschlossenen Türen. Was sie tun oder lassen, bildet also den Gegenstand des großen Rätselratens, bei dem indessen so gut wie nichts herauskommt. Das Dreigestirn wird wissen, warum es die Presse draußen gelassen hat, warum nur sorgfältig filtrierte Meldungen jeder Abend zur gefälligen Benutzung bekannt gegeben werden. Tatsächlich sind die Beratungen in San Remo ebenso wichtig, wie es die vor Jahresfrist in Versailles waren. Die großen machtpolitischen Gegensätze bestehen unverändert fort. Und Europa würde vielleicht auf neue unter Krieg und Kriegsgewittern erbeben, wenn die Völker nicht die in die Zukunft trauend und widerstandslos wären. Einstweilen müssen wir uns an das halten, was wenigstens Wahrscheinlichkeit für sich hat. Und das ist, daß Deutschland den Hauptgegenstand der Beratungen bildet. In welchem Sinne, das läßt sich aus den politischen und militärischen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit ohne weiteres folgern. In San Remo wird die These vertreten, Deutschland weigere sich, den Friedensvertrag auszuführen. Deutschland ist nicht aufgefordert worden, Vertreter nach San Remo zu senden, was an sich zur Vereinfachung und Lösung der europäischen Streitfragen erheblich beitragen würde. Diese Streitfragen schwingen um den Gegensatz Deutschland-Frankreich. Wenn die französischen Staatsmänner politisch nicht anders und nicht mit allerhand schraffierten und räumlichen Gefühlen besetzt wären, so ließe sich dieser Gegensatz unendlich erleichtern. Frankreich kann nur leben, wenn Deutschland auch leben kann. Allein es gibt wenig nationalpolitische Franzosen, die mit dem Gedanken spielen, Deutschland könne ohne Schaden für Frankreich aufkommen. Abhandlung über dem Völkerbund überlassen, das Maßstab zu befehlen, um die Nationen und andere industrielle Energien für die Wirtschaft Frankreichs fruchtbar zu machen. Das die Franzosen in Deutschland-Politikern und im Saargebiet bisher nicht erreicht haben, das die ehemals blühende Industrie in diesen Gebieten von Monat zu Monat mehr zerfällt, das stummert die französischen Imperialisten nicht. Und im Ruhrgebiet werden sie die Erfahrungen des Saargebietes in vergrößertem Maßstab erleben, weil die Arbeiter ein Empfinden dafür haben, daß die Fremdherrschaft für sie nicht mehr als die Anwesenheit im Dienste der kapitalistischen Imperialisten bedeutet.

Das ist nur die eine Seite des europäischen Machtproblems. Die andere ist, daß Frankreich noch immer im Schlimmsten Ansehens stand. Wäre es nicht, so würde eine solche Lage nicht ertragen, daß er einmal selbständige Politik machen wollte. Seit wird ihm durch die Besetzung des Saargebietes nur ein Blatet ist, der um die enstliche Sonne kreist. Nun wird mit stoischer Bestimmtheit behauptet, daß George und Pitt hätten gewisse Pflichten einer Politik gegen Deutschland festgelegt. Diese Pflichten seien nur wirtschaftliche Maßnahmen vor nicht militärischen Druckmittel. Das ist schließlich nur ein Spiel um Worte. Die wirtschaftlichen Maßnahmen sind sozusagen gefährlicher, weil sie auch die Wände umfassen. Ritt man die Dinge so sehen, wie sie sind. Er kennt die wirtschaftlichen Probleme Europas und täuscht sich nicht darüber, daß Deutschland für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unentbehrlich ist. Allein, wenn Frankreich seinen freien Hand hat, Italien hat sie noch weniger. Ritt hofft, die abriatische Frage endlich reinlich zu lösen. Er muß hoffen und versuchen, weil sonst Italien unter schweren nationalpolitischen und sozialistischen Anreizen erbeben würde. Anzeichen zeigt sich noch nirgendwo die Möglichkeit einer Lösung. Die Schläfen denken nicht daran, Rume dreizugeben. Das abriatische Statut ist kein Vertrag, weil es abriatisch und nicht selbständig ist. Rume ist ja der Hafen für die wirtschaftlichen Drahtverbindungen des Landes, die eben nach Rume und nicht nach einem anderen Hafen fließen. Ritt wird also aus begründlichen Gründen den Verbündeten unterrichten, der in der abriatischen Frage das größte Verständnis für die italienischen Wünsche hat. Weiter ist wahrscheinlich, daß Ritt für Deutschland Entgegenkommen verlangen wird, weil Deutschland ein Spiel auf dem Brett ist, auf dem Ritt das Spiel gegen Jugoslawien wagt. Ob in San Remo gesagt, was in Versailles gründlich mitlungen ist, ist wenig wahrscheinlich. Das Ausschreiben der Vereinigten Staaten vereinigt die diplomatischen und politischen Auseinandersetzungen nicht, zumal Wilson die Fäden noch nicht aus der Hand gegeben hat.

Ein scharfer Ton.

In einer zweieinhalbstündigen Besprechung, welche die drei Minister der Entente am Sonntag in San Remo hatten, verlangte der römische Blätter zufolge Rittlerand, daß die Verbündeten Frankreichs Wünsche Rechnung tragen sollten. Dagegen vertrat Lord George und Ritt die These, daß Deutschlands Wiederaufbau nicht allein im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Interesse Europas liegt. Saut „Idea Nazionale“ und „Corriere d'Italia“ wurde die Aussprache teilweise in einem sehr scharfen Tone geführt.

Beisprechung der türkischen Frage.

In der Frühstunde am Dienstag fuhr die Konferenz in San Remo mit der Erledigung der aus der Aufstellung der Türkei sich ergebenden Nebenarbeiten fort. Während die Rimee- und Marinesachverständigen erst heute vorgeladen werden, begann gestern die Finanzabteilung, ohne daß eine Entscheidung darüber gefallen wäre, ob die Banken ausschließlich der verbleibenden Türkei aufgebürdet oder auf die einzelnen Mitglieder verteilt werden sollen. Bezüglich Armeniens wurde beschlossen, seinem Wunsch für die Jurellung des Mandats Rechnung zu tragen. Es wurde Übereinkommen darüber erzielt, daß einig Amerika imstande sei, die finanziellen und administrativen Lasten zu tragen. Frankreich gelang es, sich Gütigkeiten zu sichern, welches aus den Grenzen Armeniens ausgeschlossen bleibt, ebenso wie Trapezunt, welches auf englischen Wunsch mit dem von Georgien abzutrennenden Vataum abgetrennt werden soll. Für die Regelung der europäischen Grenzen der Türkei ist es bedenklich, daß Belgien's offiziel von der Konferenz befragt wurde. Auf vielleicht sogar vertragliche Unterstützung bauend, scheint es ihm nicht mitlungen zu sein, die griechischen Wünsche durchzuführen.

Ritts Ausgleichtsversuche. Ritt versucht zu einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit den Alliierten zu gelangen, welches die Gewährleistung der Unterstützung für die belagerten Länder in sich schließen soll. Die italienische Delegation strebt danach, die politischen

Die Forderungen der Oberschlesier.

Verammlung der Gewerkschafts- und Beamten-Vertreter.

in Breslau, 21. April.

In Cappeln fand eine Verammlung der Vertreter sämtlicher Gewerkschaften der Justiz-, Eisenbahn- und Postbeamten statt, in welcher über die Forderungen an die Entente verhandelt wurde. Es wurde ein Ausschuss von 50 Mann gewählt, welcher die Beratungen in Randzin weiterzuführen soll. Die Justizbeamten eiden getrennt vor. Sie werden ihre Forderungen wohl am Donnerstag, der Ausschuss in Randzin erst am Sonnabend der Entente überreichen. Dieser soll zur Beantwortung eine Frist von 8 Tagen gestellt werden. Vertreten diese Zeit fruchtlos, so wird ein Ultimatum gestellt, das binnen 24 Stunden beantwortet sein muß. Bei Ablehnung dieses Ultimatus tritt sofort der Generalstreik ein, dem sich auch alle lebenswichtigen Betriebe anschließen werden.

Die Forderungen sind: 1. Bewilligung von Urlauben; 2. Recht der freien Ein- und Ausreise für die Beamten; 3. Wegfall der Bes- und Legitimationspflicht; 4. Aufhebung der Verammlungsverbote; 5. Vollständige Pressefreiheit. Die höheren Beamten haben sich mit Ausnahme der höheren Regierungsbeamten diesen Forderungen angeschlossen.

mit. Deutzen, 19. April.

In einer Besprechung zwischen General Verond und den Vertretern sämtlicher Parteien erklärte der General, daß die Einführung des Betriebsstreikgesetzes in Oberschlesien nunmehr von der Ententeformal beschlossen worden sei, während die Wahl zum Reichstage vom hohen Rat in Paris abgelehnt worden wäre.

Nationalversammlung.

Interpellation über Copen und Malmedy. Die neuen Postgebühren.

mit. Berlin, 20. April.

Auf der Tagesordnung stehen kurze Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Degler (Deutschnall.) wegen der Vollmachten des Reichskommisars in Breslau, Adols, wird regierungsfällig geantwortet, daß die Ernennung auf Grund der Verfassung erfolgt sei. Es würde unterlegt werden, ob der Kommissar seine Vollmachten überschritten habe, die übrigen inzwischen erledigt sein. Auf Anfrage Rume (Deutschnall.) wegen der Dalmatiner aus Südbirien wird geantwortet: In den nächsten Tagen werde wieder ein Transport Dalmatiner in Sibirien verladen. Es seien bisher 150 Millionen für die Transporte ausgegeben worden. Für genügenden Schiffsraum sei gesorgt. Ein Teil der Gefangenen müsse über See zurücktransportiert kommen. Auf Anfrage des Abg. v. Gräfe (Deutschnall.) wegen Erleichterung des Grafen Ralscin wird regierungsfällig geantwortet, daß bei der Begegnung der Patronen von deutscher Seite überhaupt nicht geschossen wurde. Die Befragung der französischen Schulden sei durch eine Note gefordert worden. Auf Anfrage Weisens (Dem.) wegen der Brotverorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird geantwortet, daß nenerdings große Mengen Getreide dem Industriegebiete zugeführt werden könnten. Die Bodenzeration habe wieder die Höhe erreicht wie vor den Unruhen.

Es folgt die von allen Fraktionen, mit Ausnahme der Unabhängigen, gestellte Interpellation betr.

die Kreise Copen und Malmedy.

Abg. Meerfeld (Soz.) begründet die Interpellation. Die Alliierten machen die feierlich versprochene Abstimmung zu einer Farce, die mit unerhörter Willkür in Szene gesetzt wird. Die Bahn im Kreise Ronshau wird von den Belgiern beansprucht, wodurch starke reindeutsche Gebietssteile verloren gehen würden und zugleich die Wasserverorgung des Kreises Rachen gefährdet würde. Gegen diesen Rechts- und Vertragsbruch der belgischen Behörden müssen Nationalversammlung und Regierung einschreiten. Copen hat nur 70 wohnhafte Einwohner. Malmedy ist aber zwei Drittel deutsch. Auch der größte Teil der Wallonen will garnicht belgisch werden. Wir rufen das Gewissen der Menschheit gegen diese Vergewaltigung auf. Vom Kreise Ronshau, wo nur eine einzige wohnhafte Familie lebt, ist im Friedensvertrage überhaupt nicht die Rede. Von der Regierung erwarten wir die schärfsten Maßnahmen.

Reichsminister Dr. Ritter:

Wenn es etwas gibt, was über die Köpfe der Parteien hinweg den notwendigen Zusammenschluß aller zu fördern geeignet ist, dann ist es der Blick auf die schweren Kämpfe unserer Brüder an der Grenze, die ihnen der Friedensvertrag aufzwingt. Alle diese Abstimmungen können wir vielleicht mit dem Kopfe, niemals aber mit dem

und militärischen Fragen den wirtschaftlichen Problemen unterzuordnen. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, will Ritt den Grund der Meinungen zwischen den Alliierten aus dem Wege räumen und eine Versöhnungsformel für alle schwierigen Angelegenheiten finden.

Ritt an Renner.

Nach Meldung des Wiener Korrespondenzbüros hat der italienische Ministerpräsident auf ein an ihn gerichtetes Abschiedstelegramm des Staatskanzlers Renner geantwortet, daß er Gewicht darauf lege, die Gefühle der Freundschaft, die das italienische Volk für die so hart geprüfte österreichische Bevölkerung empfinde, auf neue zu befestigen. Es sei sein Wunsch, ihn zu überzeugen, daß die italienische Regierung ihr Bestes tun werde, um es endlich dem österreichischen Volke zu ermöglichen, die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Der Reichsetat für 1920.

Im Hauptauschuss der Nationalversammlung sprach der Reichsfinanzminister über den Etat für 1920. Der ordentliche und außerordentliche Etat enthält eine Gesamtausgabe von 40 Milliarden, wozu der Fehlbetrag aus der Reichsnot und der Eisenbahnverwaltung mit zusammen 12,0 Milliarden hinzutritt. Im ordentlichen Etat stehen den laufenden Einnahmen in Höhe von 25 Milliarden fortdauernde und einmalige Ausgaben von 27,95 Milliarden gegenüber. Die Deckung soll im wesentlichen gedeckt werden durch direkte Steuern und Verbrauchssteuern mit 13,8 Milliarden, durch Zölle, Verbrauchssteuern und Monopoleinnahmen mit 9,1 Milliarden. Unter den Ausgaben sind zu erwähnen die Verzinsung der Reichsschuld mit 12,4 Milliarden, zur Ausführung des Friedensvertrages sind 5 Milliarden vorgesehen. An weiteren Maßnahmen kommen neue Steuern und

Herzen anerkennen, schon weiß dabei überall die Frage des Herzens, ob deutsch oder dänisch, polnisch oder belgisch überhand nimmt von wirtschaftlichen Rücksichten. In den Kreisen Copen und Malmedy ist die Lage äußerst ernst. Die Erregung greift auf die benachbarten Gebiete über. Beide Kreise sind deutsch und wirtschaftlich aufs engste mit Deutschland verbunden. Eine Irredenta hat es dort nicht gegeben. Auch in Belgien hat man vor dem Waffenstillstand nie an eine Annexion der Kreise gedacht. Das deutsche Sprachgebiet erstreckt sich über die Kreise weit nach Belgien hinein. Die Wallonen Malmedys markieren in der Treue zu Deutschland an der Spitze. Die Belgier wollen die Kreise zu einem belgischen Staat-Lothringen stampfen. Die Abstimmung kann kaum als eine solche bezeichnet werden. Wären sie nur in den beiden Städten Copen und Malmedy aus. Die deutsche Regierung hat scharfen Einspruch erhoben. Die Alliierten haben unter Übergehung unserer Beschwerden geantwortet, der Schlichter werde die Abstimmung überwachen. Eine neue deutsche Note vom Dezember blieb unbeantwortet, eine weitere vom 3. April bezeichnete das belgische Verhalten als Bruch des Friedensvertrages und forderte die Kontrolle der belgischen Behörden durch den Völkerbund. Die Regierung hofft, daß dieser Appell nicht ungehört verbleibt. Weitere Maßnahmen befinden sich in Vorbereitung. Auch von dieser Stelle aus lege ich Verwahrung ein gegen die Vergewaltigung deutscher Volksgenossen. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht voll bewußt. Sie betrachtet es als ihre Ehrenpflicht, für die Vertriebenen mit Entschädigungen einzutreten. Bezüglich des Kreises Ronshau hat die Kommission ihre Befugnisse gründlich und willkürlich überschritten. Wir betrachten diese Verletzungen des Vertrages als rechtsungültig, und sind bereit, diese Frage einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Ich schließe mit der Versicherung, daß die Regierung alles getan hat und tun wird, um eine gerechte Abstimmung herbeizuführen und die Grenzfestlegung, wie sie geplant wird, binanzzuführen. Der Völkerbund wird nicht umhin können, die Kreise dahin zu weisen, wohin sie gehören, an Deutschland. (Beifall.)

Präsident Heubach: Ich stelle fest, daß das Haus einmütig hinter die Begründung und der Beantwortung der Interpellation steht. (Lärm bei den Unabhängigen: Hinter der Beantwortung nicht.) Aber doch der größte Teil des Hauses. Ich weiß nicht, ob es nötig war, dies hier zum Ausdruck zu bringen. Wir sprechen den Brüdern in der Weltmar unsere wärmste Sympathie aus.

Die Interpellation betr. den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen wird auf morgen vertagt. Es folgt die 1. Beratung des Gesetzes über die Befriedung der Gebäude des Reichstages und der Landtage.

Abg. Könen (Unabh.): Meine Partei verwirft dieses Gesetz. Reichsminister Blum befragt das Gesetz.

Abg. Krüger (Soz.): Das Parlament muß gegen Gewalttaten der Masse geschützt werden.

Das Gesetz wird hierauf auch in 2. Lesung erledigt.

Es folgt die 2. Beratung eines Gesetzes betr. Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern und Johann die 1. Beratung des Gesetzes betr.

Telegraphen- und Fernspreckgebühren in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betr.

die Postgebühren

und das bayerische und württembergische Postregal. Reichsminister Wiesbert: Die Verhältnisse haben sich so ungünstig entwickelt, daß die letzte Erhöhung der Gebühren nicht mehr ausreicht. Das Defizit ist auf 1344 Millionen gestiegen. Für 1920 ist ein Fehlbetrag von 380 Millionen veranschlagt. Ich erwarte von der Arbeitsfähigkeit des Volkes immer noch eine Besserung der Verhältnisse und ein Steigen der Valuta. Inzwischen aber haben die Forderungen der Eisenbahner ihre Wirkung auf die Reichspostverwaltung geübt. Werden diese Forderungen bewilligt, so wächst der Fehlbetrag auf 1450 Millionen Mark. Die Uebernahme der bayerischen und württembergischen Post ist ohne größere Schwierigkeiten erfolgt. Die Vorlagen bedeuten eine Mehrbelastung unseres Wirtschaftslebens.

Die Gesetze werden an den Haushaltsausschuß verwiesen mit Ausnahme desjenigen über das bayerische und württembergische Regal, das in den 26. Ausschuss geht.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Interpellation betr. Durchgangsverkehr nach Ostpreußen. Schluß 5 Uhr.

Sympathie Kundgebung für Copen und Malmedy.

Die politischen Parteien des Rheinlandes veröffentlichen eine Kundgebung, in der sie den bedrängten Brüdern in Copen und Malmedy ihre Sympathie ausdrücken.

Monopole in Betracht, insbesondere eine Verbindung des Steuerlorens mit der Wirtschaft durch organisatorische Zusammenfassung, welche die großen Produktionsweir der Wirtschaft zu umfassen hat. Hierbei ist die prinzipielle Frage nach der Wirtschaftsform, ob privatwirtschaftlich oder sozialistisch, den politischen Machtverhältnissen zu überlassen. Die Reichsfinanzverwaltung wird in absehbarer Zeit an eine Teilkonsolidierung der schwebenden Schuld herantreten. Sie glaubt, als das nächste Mittel hierfür wieder die Sparprämienanteile ansprechen zu können. Aber auch der Kredit im Auslande bedarf einer sorgfältigen Beachtung. Es steht zu erwarten, daß mit der Konsolidierung unserer politischen und der wirtschaftlichen Verhältnisse die kapitalkräftigen Auslandsstaaten geneigter sein werden, Deutschland die Kredite zu gewähren.

Die Entente zur Antischiffahrt.

mit. Berlin, 20. April.

Angeht die jüngst umfassenen Gerüchte über die Möglichkeit eines neuen Militärpactes haben die Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, die gegen jeden antidemokratischen Ausschlag sind, ihre Geschichtsträger ermächtigt, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß diese Regierungen eine deutsche Regierung, die nicht geneigt wäre, den Friedensvertrag loyal auszuführen, in keiner Weise dulden könnten. Jede Wiederkehr einer revolutionären Bewegung, wie jeder Wiederausbruch von Unruhen würde nur das eine Ergebnis haben, die Maßnahmen der Begünstigung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Verpflegung Deutschlands zu verzögern oder sogar unmöglich zu machen, während andererseits die Alliierten Regierungen verprochen haben, denartige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Ruhe im Ruhrgebiet.

Der Oberbürgermeister von Oberfeld hat an die Reichsregierung folgenden Bericht geschickt: „Nach militärischem Bericht, veröffentlicht in der „Westdeutschen Volkszeitung“, soll im Bergischen Lande eine neue rote Armee von 20.000 Mann gebildet werden. 8000 Mann allein in Barmen-Oberfeld, auch Gelsenkirchen kaum erfolgt sein. Ausgaben entsprechen nicht den Tatsachen. Waffenabgabe in Oberfeld reichlich erfolgt. Alarmierende falsche Nachrichten bringen neue Unruhen im Gebiet. Gefährliche Fühlungsnahme mit Ortsbehörden und Entsendung eines Zivilkommissars.“

Der preussische Minister des Inneren Geering erklärte einem Mitarbeiter der „V. V. R.“, die Zurückberufung der Truppen aus dem Ruhrgebiet habe bereits begonnen. Erfolg würde, wo es besonders erforderlich erscheine, von der grünen Polizei gestellt. Er halte es für das zweckmäßigste, das lediglich eine Vermehrung der Sicherheitspolizei erfolge. Gleichzeitig mit der Vermehrung müsse eine besonders demokratische Reform der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Der erste Schritt dazu sei getan. Die kompromittierten Führer der Unruhen und Hunderttausende würden unerschrocken entfernt. Tüchtige Beamte im Unteroffiziersrang würden besetzt. Den Verteilungsausschüssen würden unerschrocken beigegeben. In den verschiedenen Polizeibehörden erklärte der Minister diese Gerüchte für mindestens übertrieben. Schließlich teilte der Minister mit, daß das Ergebnis der Waffenablieferung im Ruhrgebiet bisher sehr zufriedenstellend sei.

Die Brigade Ehrhardt im Munsterlager.

Zu Munsterlager, 21. April. Die Marinebrigade Ehrhardt, die vor einiger Zeit hier eingetroffen ist, macht, was Haltung und Disziplin anlangt, einen ausgezeichneten Eindruck. Unter den 4500 Mann sind rund 500 Offiziere. Korvettenkapitän Ehrhardt genießt nach wie vor das Vertrauen seiner Untergebenen. In einer Ansprache erklärte er, die Auflösung der Brigade werde keinesfalls überhastet erfolgen, sondern voraussichtlich erst am 10. Juli aus Anlaß der Verminderung der deutschen Heeresmacht auf die im Friedensvertrag vorgesehene Höchststärke. Die Dienstverträge würden vom Reich innegehalten werden. Kapitän Ehrhardt erklärt, er komme den Befehlen des Reichswehrministeriums in loyaler Weise nach. Die scharfe Justiz, die in der Marinebrigade herrscht, hebt sich umso stärker ab, von den lockeren Banden, die bei einem Restbestand der Eiseren Division eingerissen ist. Die verbreitete Behauptung, im Lager sei die Sicherheitspolizei entlassen worden, trifft schon deshalb nicht zu, weil dort keine Gefangen sind. Ebenso ist keine Reichswehrkompanie unredlich entlassen worden. Diese Reichswehrkompanie ist vor kurzer Zeit aus Celle in das Lager kommandiert worden, um 2000 russische Gefangene zu bewachen, die nach dem Munsterlager gebracht waren, als die Aufbruchsstelle aus dem Ruhrgebiet das Gefangenlager von Faderborn zu bedrohen schien.

Die Frage der Auslieferung Dr. Kapps.

Zu der Frage der Auslieferung Dr. Kapps wird dem „Berl. Tageblatt“ von ausländischer Stelle mitgeteilt, daß durch die schwedische Gesandtschaft nicht die Verpflichtung ausgesprochen worden sei, Personen, die Gesetzesverletzungen begangen haben, in ihre Heimat auszuweisen, sondern nur die Möglichkeit dazu vorzusehen ist. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das gesetzlich festgelegte Recht der schwedischen Regierung zur Ausweisung lästiger Fremder in ihre Heimat nicht einen Anspruch der deutschen Regierung begründet. Für diesen Anspruch auf Auslieferung kommt vielmehr lediglich der Auslieferungsvertrag in Betracht, der die Auslieferung politischer Verbrecher ausschließt.

Der Protest der Stadt Frankfurt a. M.

Zu Beginn der vorgestrigen Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. gab der Stadtverordnetenvorsteher Hoff aus Anlaß der Besetzung der Stadt Frankfurt einen Protest ab, der von allen Stadtverordneten mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion lebhaft angehört wurde. Stadtverordneter Pieme, der Führer der Unabhängigen, gab eine Erklärung seiner Fraktion ab, in der er gegen die Besetzung von Frankfurt, aber auch gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Reichswehr protestierte und erklärte, daß seine Partei alles daran setzen werde, um die politische Betätigung des Volkes ohne Militarismus durchzusetzen.

Aus Frankfurt a. M. wird ferner gemeldet: Die vorgestrige Nummer der „S. S. am Mittag“ ist wegen der Depesche „Frankfurt vor der Räumung“ beschlagnahmt worden. Ein Schubmann wurde von den Franzosen zu 3 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt, weil er nicht gegen das Publikum eingeschritten sei, das abfällige Bemerkungen über die Besatzer machte.

Bürgerliche Einheitsfront in Bayern.

Zwischen dem bayerischen Bürgerblock und dem revolutionären Ordnungsbund ist eine Verständigung auf der Basis zukunfts abgesehen, daß sie sich zu einer bürgerlichen Einheitsfront mit einem gemeinsamen Zentralauschuss zusammenschließen, doch soll jeder Eingriff in die Zukunftsfähigkeit des Landtages und seiner Parteien vermieden werden.

Wilhelm II. bleibt in Holland.

Einer Neutermelung zufolge sagte Bonar Law in der vorgestrigen Sitzung des englischen Unterhauses auf eine Anfrage: Die niederländische Regierung ist nicht in der Lage gewesen, der Forderung der Alliierten auf Auslieferung des ehemaligen Deutschen Kaisers zu willfahren, hat aber die volle Verantwortung für die zuverlässige Bewachung der Person des vormaligen Kaisers, die Kontrolle seiner Korrespondenz und seiner Beziehungen nach außen übernommen und ihm zu diesem Zweck die Provinz Utrecht als Aufenthalt angewiesen. Auf eine weitere Anfrage erwiderte Bonar Law, die Versuche der Alliierten, Holland zu einem anderen Vorgehen zu veranlassen, hätten keinen Erfolg gehabt, und es sei nicht ihre Absicht, Gewalt zu gebrauchen. Auf eine Anfrage, ob die anderen Kriegsmächte auf dieselbe Manier entkommen würden, erwiderte Bonar Law: Das folgt nicht daraus.

Tagesgeschehnisse.

Deutsches Reich. Dr. Georg Peim. Aus Berlin schreibt man uns: Die sozialistische Presse erhebt starke Anschuldigungen gegen den bayerischen Bauerndoktor. Angeblich soll er an der Rapp-Überführung beteiligt gewesen sein. Der Berliner „Vorwärts“ ist in der Lage, Aktienstücke über die Vorbereitungen eines großen Schlages in Bayern zu veröffentlichen. Dabei wird auch der Name Dr. Peims genannt. Einweilen steht noch nicht fest, ob diese Aktienstücke echt sind. Dr. Peim bestreitet sich angesichts dieser Angriffe nicht nur auf die Verteidigung. Nach der Regel, daß der Dieb die beste Parabe ist, hat er auf der Versammlung des Oberpfälzischen Bauernvereins zu einem wichtigen Schlag gegen die Berliner Regierung ausgeholt. Peim sprach von der Berliner Regierung und Gebirgsbewachung, was alles bei den bayerischen Bauern und Bauerndoktoren auf unvorstell-

Barkeit rechnen kann. So klar wie es Peim tut, ist die Berliner Regierung noch niemals in Grund und Boden verurteilt worden. Es sei gelogen, daß unter Peim eine Nachwirkung des Krieges sei. Vielmehr handele es sich um die Ergebnisse der parteipolitischen Unaufrichtigkeit und Unfähigkeit. Allein das ist nicht das Ergebnis der Rede. Dies ist vielmehr darin zu sehen, daß Dr. Peim den Wahnsinn der europäischen Selbstzerfleischung brandmarkt. Frankreich ist es, das unter der Botmäßigkeit der Alliierten Europa nicht zur Ruhe kommen läßt. Immer neue Reibungsflächen werden gefunden, um die französischen Generale an den Rhein zu führen. Peim weist darauf hin, daß es für Frankreich Sicherung und Wiederaufbau wichtiger sei, zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit mit Deutschland zu gelangen. Das ist unmöglich, solange noch mit dem Degen in der Luft herumlungert. Dr. Peim stellt demgegenüber Leitfäden auf, von denen allerdings nicht zu erwarten ist, daß sie in dem nationalen Übermaßigen Frankreich beherzigt und gerührt werden. Es gibt noch etwas Höheres als den Imperialismus, das ist der friedliche Staat der Arbeit ohne roten Anstrich. Dr. Peim erklärte dann, daß die Gesundung Deutschlands und Europas die Einleitung des Reichtumsentages, die Arbeitskraft und das Streikverbot zur Voraussetzung hätten.

Der Deutsche Großhandel. Die bayerische Regierung hat, der „Täglichen Rundschau“ zufolge, dem Reichsanwalt die Vorlage über die Großhändlerstrafe: Rhein-Rain-Donaue in Form eines Antrags für die Nationalversammlung zugehen lassen. Sie verlangt noch für das Jahr 1920 die Einkahlung der ersten Zuladung von 75 Millionen Mark in den Reichschat. Es steht selbstverständlich außer Zweifel, daß die Volksvertretung ohne Ausnahme die Forderung für dieses in seiner Art einzig dastehende Kulturwerk bewilligen wird, dessen Gesamtwert, nach Friedenspreisen berechnet, 41 Millionen betragen und dessen national- wie international-wirtschaftlicher Wert garnicht überschätzt werden kann.

Gotha klagt gegen das Reich wegen Verfassungsverstoß. Die Gothaer Regierung hat das Reich wegen Verfassungsverstoß verklagt. Sie will auf gerichtlichem Wege nachweisen, daß Gotha allein im Reich die Verfassung beobachtet. Der Anklage ging eine Note der Reichsregierung an die Landesregierung voraus, in der es heißt, in Sachsen-Gotha ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung im weitestgehenden Maße und nicht ohne Schuld der Landesregierung gefährdet worden. Schwere Verluste an Leben und Gut sind entstanden. Die Landesregierung hat gegen all diese Schritte nicht unternommen. Sie hat unterlassen, der Bevölkerung mitzuteilen, daß die Reichswehr auf dem Boden der Reichsverfassung stehe, obwohl sie hieron bereits seit dem 14. März 1920 Kenntnis hatte.

Vertagung der Nationalversammlung. Nach dem bisherigen Stand der Arbeiten ist anzunehmen, daß sich die Nationalversammlung am Mittwoch nächster Woche vertagt, um dem neuen Reichstag Platz zu machen.

Die Reichstagswahlvorlage. Der Verfassungsausschub der Nationalversammlung nahm gestern endgültig die Reichstagswahlvorlage an, ebenso den Gesetzentwurf über die Wahl des Reichspräsidenten. Der Entwurf über den Volkswahlrecht und die Vorlage über den Staatsgerichtshof sollen nach übereinstimmender Auffassung des Ausschusses dem neuen Reichstags zur Erledigung vorbehalten bleiben. Die 2. Lesung der Wahlvorlage und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten findet in der Nationalversammlung am Donnerstag statt.

Die Personalreform der Postverwaltung. Der Beschluß des Haushaltsausschusses der Nationalversammlung vom 10. ds. Mts., die aus der Personalreform der Postverwaltung sich ergebenden Stellenumwandlungen im Vorkrieg auf den Haushaltsplan 1920 alsbald zu verwirklichen, veranlaßte den Reichswehrminister am 20. ds. Mts. im Haushaltsausschub zu erklären, daß die Voraussetzungen für die bei der Postverwaltung in Aussicht genommenen Stellenumwandlungen bei der Eisenbahnverwaltung bereits gegeben seien, sobald die gleiche Ermächtigung auch der Eisenbahnverwaltung erteilt werden müsse. Der Haushaltsausschub wird sich in seiner Sitzung am 21. ds. Mts. über diese wichtige Frage schlüssig zu machen haben.

Inkraftsetzung der neuen Postgebührenordnung. Den gestrigen Berliner Abendblättern zufolge tritt die neue Postgebührenordnung nach dem Beschlusse des Reichstages vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung am 1. Mai in Kraft. Die neuen Zeitungstarife sowie die Telegramm- und Fernsprechtarife werden erst am 1. Juli in Kraft treten.

Der deutsche Landwirtschaftsrat trat in Berlin zu seiner achtundvierzigsten Vollversammlung zusammen. Der Reichswirtschaftsrat. Der Wirtschaftsausschub der Nationalversammlung beendete die Beratungen über den Entwurf einer Verordnung über den vorbereiteten Reichswirtschaftsrat. Der Ausschub schloß sich den Beschlüssen seines Unterausschusses an, monach unter Verwendung der vorbereitenden Reichswirtschaftsrat aus 326 Mitgliedern besteht.

Republik Österreich.

Der Streit auf der Südbahn. Der weitaus größte Teil der Angestellten und Arbeiter der Südbahn erklärte sich vorgestern abend zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit bereit.

Auslieferung Bela Kun nach Rußland? Wie verlautet, soll Bela Kun nach Rußland gebracht werden und zwar mittels eines italienischen Kriegsschiffes nach Odesa. Die Wiener Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der die Entschlossenheit ausgesprochen wird, im Zusammenhang mit den anderen deutschen Stämmen in einem gemeinsamen Vaterlande arbeiten zu wollen, und den deutschen Brüdern jenseits des Brenners unumkehrbare Treue zu halten. Die Wiedervereinigung aller Krotzer wird als oberstes Ziel erklärt. Die Volkspartei verspricht, nicht rufen zu wollen, bis der Tag gekommen sei, der das gesamte Volk Krotzer zusammen mit den anderen deutschen Stämmen einer glücklichen Zukunft entgegenführt.

Tschechoslowakei.

Sozialdemokratische Wehrheit in der Abgeordnetenversammlung. Nach dem „Bravo-Vidu“ wird sich die Abgeordnetenversammlung wie folgt zusammensetzen: Tschechische Sozialdemokraten 77, deutsche Sozialdemokraten 32, magyarische Sozialdemokraten 10, tschechische Sozialisten 22, zusammen 141 sozialistische Mandate. Auf die bürgerlichen Parteien entfallen Agrarier und Partei Grobars in der Slowakei 41, Nationaldemokraten 17, Christliche 35, Gewerdepartei 4, deutsche Demokraten 40, zusammen 137 bürgerliche Mandate.

Rundgebungen in Drest. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ ist es bei einer Rundgebung der sozialistischen Jugend von Drest zu einer Schlägerei gekommen, bei der etwa 10 Personen schwer verletzt wurden.

Die Handelsnot Frankreichs. Frankreichs Handel mit den Ländern Zentraleuropas wird, zufolge einer im französischen Amtsblatt veröffentlichten Verordnung, nach dem allgemeinen Tarif freigegeben. Sollte aber durch Warenablieferung aus diesen Ländern für irgend eine nationale Industrie Frankreichs eine Bedrohung sich ergeben, so soll der Vorschub des allgemeinen Tarifs jenen Waren abzugeben wieder entzogen werden. Mit anderen Worten: man will das nationale Geschäft wahren. Tatsächlich bedarf Frankreichs außerordentlich geschwächte Wirtschaft so sehr der Warenzufuhr aus Mitteleuropa, vor allem aus Deutschland, daß eine Aufhebung des Generaltarifs wohl nicht nur nicht in Frage kommen dürfte, sondern der Zeitpunkt herbeigeführt werden müßte, an dem für besonders benötigte deutsche Waren

das Zugehändnis eines Warenstarifs in Erwägung zu nehmen wäre. Die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wiederaufbaus muß sich schließlich eben stärker erweisen als selbst eingeleiteter nationaler Dasei.

Türkei.

Frankreich und England in Kleinasien. Da die Franzosen einziehen nur die deutsche Gefahr leben, haben die Engländer in Kleinasien freies Feld. Die französische Presse führte im vorigen Jahre einen leidenschaftlichen Feldzug gegen die britischen Unternehmungen in Syrien. Das gerührt über soll nämlich aus französischen Einflüssen gehen, obgleich England in Kleinasien Nebenbuhler auf der Landstraße nach Indien nicht gebrauchen kann. London griff deshalb zu den bewährten Mitteln seiner Politik, indem es die eingeborenen Stämme unter irgend einem künstlichen Emir zusammenbrachte, sich für frei und unabhängig zu erklären. Der Emir Feisal, das diese Aufgabe auch vortrefflich gelöst, denn er hat Syrien nachher den Engländern in die Hände gespielt. Frankreich ist mit der Entlassung Deutschlands beschäftigt. Er sieht aber so gebannt nach dem Rhein, wie früher nach den Vogesen. Nun kommt der Daily Telegraph und legt den Franzosen in höflichen Worten auseinander, daß sie in Kleinasien nichts mehr zu suchen hätten. Nur der ungewisse Ananous und ein kleiner Küstentrich soll ihnen gelassen werden. Aber Cilicien, das die Tragtante der französischen Einflüsse werden sollte, mitsamt dem Gebiet der Briten. Der Daily Telegraph meint, es sei am besten, dieses Gebiet dem Völkerverband zu überlassen. Der ist einmüßigen eine festsitzende Einrichtung. Cilicien ist von britischen Einflüssen eingekappt, so daß der Tag, trotz der Oberbehalt des Völkerverbandes, schon zu berechnen ist, an dem es möglich ist den englischen Schnapsack verschwinden zu lassen. Aus Mesopotamien werden neuerdings Zustände der Unruhe gemeldet, die auch nach Basra und Bagdad übergegriffen haben. Es handelt sich indessen um Gerüchte, die in der Gegend zu Damaskus ausgebreitet worden sind und auf allerdings hinweg nach Europa gelangen. Tatsache ist jedenfalls, daß England in Kleinasien noch harte Arbeit zu leisten hat, ehe die Landstraße von Kairo nach Kalkutta leidlich gesichert und geestigt ist.

Japan.

Die Einführung des Reichtumsentages in Japan macht bedeutende Fortschritte. Wie im „Neuen Orient“ mitgeteilt wird, hat sich nun auch das Eisenbahnamt des Staates entschlossen, den Reichtumsentag einzuführen. Da infolgedessen die Zahl der Angestellten um mehr als 2000 erhöht werden muß, so werden in den Staatsausgaben des nächsten Jahres 870.000 Yen für außerordentliche Ausgaben zur Deckung der dadurch entstehenden Mehrkosten eingestellt.

Volkswirtschaftliches.

Aus Berlin wird uns unterm 16. April geschrieben:

Die Hoffnungen, die das Steigen der Mark bei allen Hoffnungsreudigen hatte aufkommen lassen, sind vorläufig wieder zerflut. Die Mark fällt wieder von Tag zu Tag. In Amsterdam, wo der Markkurs bereits auf 5,72 1/2 Gulden für hundert Mark gestiegen war, werden heute nur noch 4,50 Gulden bezahlt. Natürlich steigen auch die ausländischen Devisen wieder im Preise, und mit der Finanzieller Rohstoffe und Nahrungsmittel dürfte es vorläufig vorbei sein. Statt des erhofften Preisabbaus, auf den so viele als Folge des Steigens der Markbaluta ihre Hoffnungen setzten, sind vielmehr neue Preissteigerungen der notwendigsten Lebensmittel, der Kartoffeln und des Brots zu erwarten. Das Bierbrot soll trotz knapper Rationierung in Zukunft auf etwa 3,85 M. zu stehen kommen. Das sind Preise, an die selbst während der schlimmsten Kriegsnot niemand zu denken wagte.

Der Grund, warum das Steigen der Mark so plötzlich stößt und die heutige Baluta wieder entwertet wird, ist nicht allein in politischen Vorgängen, sondern vor allem in unserer Papiergeldwirtschaft zu suchen. Man ist bei und zufrieden, wenn man die Ausgaben des Staates nur immer durch neue Kredite und neues Papiergeld zu decken vermag. An eine vernünftige Umwälzung der Ausgaben des Reichs an die gegenwärtige Finanznot denkt niemand mehr. Dr. August Müller, der frühere Staatssekretär, hat kürzlich darauf hingewiesen, daß schon gegenwärtig etwa 60 Milliarden Mark Papierkassette im Umlauf sind, und daß in jeder Woche für rund eine Milliarde Papiergeld neu gedruckt wird. Die Herstellung von Noten, bemerkt Dr. Müller recht billig, sei gegenwärtig derjenige Produktionszweig in Deutschland, der den höchsten Grad von Arbeitsintensität aufweist. Tatsache ist, daß die notwendigsten rationalisierten Lebensmittel längst einen sehr hohen Preis erreicht hätten, wenn die Regierung nicht bereits im letzten Jahre 7 1/2 Milliarden Mark dazu verwendet hätte, die rationierten Lebensmittel durch Zuschüsse für die Bevölkerung überhaupt kaufbar zu erhalten. Die dazu erforderlichen Milliarden werden aber nur durch immer vermehrtes Drucken von Papiergeld aufgebracht. Das mag unter den heutigen Verhältnissen nicht zu vermeiden sein, aber die Kaufkraft der deutschen Mark wird durch Uebererschwendung aller Kräfte mit deutschem Papiergeld natürlich immer wieder herabgedrückt. Eine Besserung ist nicht eher zu erwarten, als bis Reich, Einzelländer und Städte wieder mit eigenem Geld und nicht mit geborgtem zu wirtschaften durchgekehrt haben.

Eine ähnliche Enttäuschung wie das vorübergehende Steigen der Markbaluta dürfte auch die Preisermäßigungen bringen, die auf einigen Gebieten gerade in diesen Tagen eingestiegen haben. Solche Preisrückgänge waren z. B. bemerkbar auf dem Saatmarkt und im Verkehr mit Hefe und Hüllfrüchten. Der amtlich notierte Preis für Hefe betrug am 1. März 4680 bis 4700 Mark, am 11. April aber nur noch 3160 bis 3100 Mark. Bei allen diesen Preisrückgängen dürfte es sich jedoch um Folgen der vorübergehenden Besserung der Markbaluta handeln. Spekulation und Ausbeute auf Preisbewegungen durch ausländische Warenzufuhr brüden die Preise herunter, aber die veränderte Lage auf dem Weltmarkt wird bald auch hier wieder ihre preissteigernde Wirkung ausüben. Noch sind wenig Ausflüchte auf dauernder Umwälzung unserer Wirtschaftslage vorhanden, und wenn der Umschwung einmal kommen wird, dann wird es damit viel langsamer gehen, als die zahlreichen Optimisten denken, die bei jedem Nachlassen der durch Ueberproduktion beunruhigten Häupter schon die glücklichen Tage wiederzukommen sehen, in denen ein Paar Schube nach für den Bürger erlösende war, der weder Kriegsgewinnler noch Schmebter ist.

Sport.

Boxen. Die 2. Elf des R. S. C. 10 schlug am vergangenen Sonntag in Nürnberg die 1. Elf des dortigen Sportvereins mit 10:0 (5:0). Die 3. Elf des R. S. C. 10 konnte mit 5:3 gegen die 2. Elf desselben Vereins als Sieger hervorgehen. Nächsten Sonntag, den 25. April, hat R. S. C. 10, 1 eine eckfällige Berliner Mannschaft zu einem Krangwettspiel nach hier verpflichtet. Sportklub tritt dabei in seiner stärksten Aufstellung an wie folgt: Baum, Heine, Mühlh 2, Vogt, Müller 2, Dietrich, Weigelt, Vogt, Lang, Berndt, Völkner, Gans.

Für kommenden Sonntag hat der R. S. C. die erste Mannschaft des Sportvereins „Sport 08“ verpflichtet. Das erste Spiel einer Leipziger eckfälligen Mannschaft in Nies. Auf das Abkommen R. S. C. hat man gespannt sein.